der Arbeiterklasse war nicht mehr bereit, für die Novemberdemokratie zu kämpfen, die ihnen bereits materiell nichts mehr gab, und noch nicht bereit, für die Rätediktatur und den Sozialismus zu kämpfen.

Oder anders ausgedrückt: Die Mehrheit der Arbeiterklasse war noch nicht für den Kommunismus gewonnen.

3. Der gemeinsame Fehler der Exekutive wie der Zentrale der KPD. war die falsche Beurteilung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen SPD. und KPD.

Die KPD. hat in dieser Beziehung sich kritisch gegenüber der Exekutive verhalten, aber nicht genügend energisch. Die Exekutive hat dieser Kritik nicht das genügende Gewicht beigelegt.

4. Die Folgen dieser falschen Beurteilung des Kräfteverhältnisses waren:

a) ein zu früher Termin des Endkampfes,

b) die Vernachlässigung der Teilkämpfe und der politischen Vorbereitung,

c) infolge der mangelnden Verbindung zwischen politischer und technischer Vorbereitung litt auch die militärisch-technische Vorbereitung.

5. Mängel zweiter und dritter Ordnung waren:

a) in Sachsen und Thüringen nicht genügende Ausnützung der gegebenen Positionen sowohl in bezug auf Zersetzung der SPD. und Heranziehung der SPD.-Arbeiter an die KPD. wie auch in bezug auf die Organisation der militärischen Abwehr.

b) Schwerfälligkeit der organisatorischen Umstellung der Partei für den Bürgerkrieg.

6. Alle diese Fehler und Mängel ändern nichts wesentliches in dem grundlegenden Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse.

II. Zur gegenwärtigen Lage.

1. Die Militärdiktatur Seeckt stützt sich sozial auf Schwerindustrie und Großagrarier. Sie sucht sich die selbständige Bewegung der Mittelschichten (den kleinbürgerlichen Faschismus) teils durch Konzessionen, teils durch Repressalien unterzuordnen. Sie sucht, die Zersplitterung der Arbeiterklasse zu erhalten und zu vertiefen, einerseits durch Beibehaltung des Scheins der bürgerlichen Demokratie und dadurch Gewinnung der Sozialdemokratie als Schutztruppe andererseits durch Repressalien gegen die KPD.

2. Die Lebensdauer der Militärdiktatur hängt ab:

a) von der Möglichkeit, ein zeitweiliges wirtschaftliches Gleichgewicht wieder herzustellen durch erhöhte Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Mittelschichten, Kürzung der Ausgaben und ausreichende Steuerleistung der Besitzenden. Die ersten zwei sind durch die gegenwärtigen Machtverhältnisse möglich, das letztere ist fraglich und wird entscheidend sein.

b) vom Tempo der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für den Kommunismus und Zersetzung und Neutralisierung der Mittelschichten.

3. Das Tempo der erneuten objektiven Zuspitzung der Lage ist noch nicht abzuschätzen. Dagegen muß allgemein mit einer Verschärfung der Klassengegensätze und Kämpfe gerechnet werden.

4. Von der KPD. hängt ab das Tempo der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für den Kommunismus. Auf die politische und organisatorische Liquidation der SPD. sind alle Kräfte zu konzentrieren.

5. Die politische Plattform dieser Liquidation ist

negativ: Zerstörung der demokratischen und sozialreformistischen Illusionen.

positiv: Gewinnung der Arbeiter für den Kampf um proletarische Diktatur und Sozialismus.

6. Mit dieser grundsätzlichen und kritischen Propaganda sind politische, wirtschaftliche und militärische Teilkämpfe zu verbinden. Der Entscheidungskampf ist die Kulmination und Resultante dieser Teilkämpfe.

7. Das nächste Kettenglied: Eroberung der Bewegungsfreiheit (der Straße usw.) durch revolutionäre Massenaktion (zunächst friedliche und bewaffnete Demonstrationen, Streiks, durch bewaffnete und geschützte Versammlungen usw.).

8. Verlegung des organisatorischen Schwergewichts in die Betriebszellen.

9. Erhöhung der Aktivität und Disziplin in der Partei. Ausscheiden passiver Elemente aus der Partei, gleichzeitig breitere Massenverbindung.

Erweiterte Exekutivsitzung, im Anschluß daran außerordentliche Parteikonferenz.

Skizze zu Thesen über die politische Situation und über die Lage der Partei*)

vorgelegt vom Polbureau der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg.

1. Durch die Verschärfung der Reparationskrise im Januar 1923 wurde das Wirtschaftschaos in Deutschland sowie der politische Zusammenbruch ungeheuerlich gesteigert.

2. Dieser steigende wirtschaftliche und politische Druck verwandelte die bis dahin rückläufige Bewegung der Arbeiterklasse in eine aufwärtsgehende proletarische Bewegung von offensivem, revolutionärem Charakter.

3. Die ersten Zeichen der neuen revolutionären Welle waren die Ruhrkämpfe im Mai, die Kämpfe in Oberschlesien, der Metallarbeiterstreik in Berlin, die Lohnkämpfe im sächsischen Erzgebirge. Diese Bewegungen erreichten ihren Höhepunkt im Cunostreik.

4. Die Bedeutung des Cunostreiks lag in folgendem: Die Arbeiter gingen von wirtschaftlichen Forderungen (Notendruckerstreik, Inflationskrise) aus, und in der Bewegung selbst erhielt der Streik einen zugespitzten politischen Charakter (Berliner Betriebsräte lehnten ab, für wirtschaftliche Forderungen zu kämpfen und stellten die Regierungsfrage!). Der Cunostreik hatte die Kräfte des Proletariats belebt und aktiviert, die Bourgeoisie erschreckt und zersetzt. Nach dem Cunostreik fürchtete die Bourgeoisie die „zweite Revolution", die Schichten der ländlichen und städtischen Kleinbürgermassen begannen offen mit der Arbeiterschaft und der KPD. zu sympathisieren. Die objektiven Verhältnisse in Deutschland zwischen dem Auguststreik und den Oktoberereignissen waren reif zur Machtergreifung durch das Proletariat.

5. **So war es vollkommen richtig von der Exekutive der Komintern, im Oktober 1923 von der KPD. die Einstellung auf den Endkampf zu verlangen.** Dieser Kampf hätte unter Umständen durch eine Reihe von Teilkämpfen eingeleitet werden können, aber die Partei hatte die Pflicht, in dieser historischen Situation mit allen Kräften in den Kampf hineinzugehen und eine entscheidende Schlacht zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat herbeizuführen. Die Siegesaussichten der KPD. waren im Oktober sehr groß. **Aber die KPD. hätte diesen Kampf auch wagen müssen auf die Gefahr einer Niederlage hin, die den Kommunisten gute revolutionäre Traditionen im Proletariat** gegeben und den Sieg erst vorbereitet hätte. Das beste Beispiel für die Wahrheit dieses Satzes ist der Hamburger Kampf, der dem Ansehen der KPD. in Hamburg unter der Arbeiterschaft trotz seiner Mängel sehr genützt hat.

6. Das kampflose Zurückweichen der KPD. im Oktober erleichterte den Sieg der Schwerindustrie, zersetzte und deprimierte breite Teile des Proletariats. Auch in den Reihen der eigenen Partei ist schwere Verwirrung hineingetragen, die heute noch nicht beseitigt ist. (Die KPD. hatte versprochen, den Faschismus nicht siegen zu lassen usw. usw.)

7. Die Ursachen für den Oktoberzusammenbruch der KPD. liegen:

a) Die Parteileitung weigert sich bis in den Oktober hinein, die Parteimitgliedschaften auf den Endkampf einzustellen, und mußte erst von der Exekutive der Komintern dazu gezwungen werden (Perspektive der linkssozialdemokratischen, rein gewerkschaftlichen Regierung im August!). Diese Umstellung konnte dadurch nur ganz oberflächlich und ohne wirkliche praktische Auswirkungen in der Presse, Propaganda, Organisation, Gesamtpolitik der Partei geschehen.

b) In der rein militärisch-technischen Vorbereitung, wobei die Partei politisch und propagandistisch gar nicht auf die Losungen des Endkampfes eingestellt war, noch dazu, da auch militärisch-technische Vorbereitungen seit der Märzaktion so gut wie nicht geleistet worden waren, ein Versäumnis, das in der kurzen Zeit von der Oktober-Konferenz in Moskau bis zu den entscheidenden Ereignissen nicht nachgeholt werden konnte.

c) In der revisionistischen Einheitsfronttaktik und dem Bündnis mit der linken VSPD., das sich am krassesten in Sachsen und Thüringen zeigte. Die Partei hatte durch ihre Taktik

*) Diese Skizze soll nur als Grundlage der Diskussion gelten; die ausführlichen Thesen werden später veröffentlicht.

die linke VSPD. erst in der Arbeiterschaft populär gemacht. Die Partei hatte durch ihre jahrelange Einheitsfronttaktik unter den Kommunisten selbst das Gefühl der Schwäche und die Einstellung erzeugt, als ob man nur im Bunde mit der SPD. die Kämpfe, insbesondere entscheidende Kämpfe wagen könne. (Theorie vom Herüberziehen der SPD. vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel der Arbeiterklasse!)

d) Insbesondere hat die Partei durch die ständige Propaganda der Übergangslosungen im Rahmen der Demokratie und der Verfassung (Sachwerterfassung, Arbeiterregierung!) verabsäumt, in den breiten Massen das kommunistische Programm überhaupt noch am Leben zu erhalten. Entscheidend ist, daß die Partei diesen Fehler nicht einmal nach den Maikämpfen im Ruhrgebiet, nicht einmal nach dem Cunostreik, ja sogar nicht einmal nach der Oktoberniederlage korrigiert hat, und daß sie bis zur Oktoberkonferenz in Moskau hartnäckig an der Theorie und Praxis der Zwischenstufen festhielt.

Aus der Theorie und Praxis der Übergangsforderungen entsprang die Konzentration der Arbeit der Parteimehrheit auf gewisse Bezirke, wo das Zusammengehen mit der linken SPD. möglich war (Sachsen und Thüringen!) und die Vernachlässigung anderer wichtiger Kampfposten des deutschen Proletariats, so insbesondere des Ruhrgebietes und der Ruhrfrage. (Der Leipziger Parteitag beschäftigte sich nicht speziell mit der Ruhrbesetzung!)

e) Aus der Theorie der Übergangsforderungen, aus der Praxis des Zusammengehens mit der SPD. entspringt der scharfe Kampf der Parteimehrheit gegen die Linke in der Partei, dessen organisatorische und persönliche Auswirkungen mit zur inneren Schwächung der Partei beigetragen haben.

8. Der Zentralausschuß, der nach den Oktoberereignissen tagte, hat es verabsäumt, zu all den in der Partei schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Seither ist die Krise in der Arbeiterschaft und in der Partei gewachsen. Die deutsche Arbeiterschaft hat, zum großen Teil durch die Schuld der KPD., den Achtstundentag kampflos an die Unternehmer preisgegeben. Das Ruhrgebiet befindet sich im Ablösungsprozeß von Deutschland, auf die Micumverhandlungen folgen in den nächsten Wochen offizielle Verhandlungen von Regierung zu Regierung. Die Herrschaft der weißen Generale wirft Hunderte von Proletariern in Schutzhaft und Gefängnis, ohne daß sich die Arbeiter mit genügender Kraft dagegen wehren. Nach dem Ansteigen der revolutionären Stimmung im Proletariat vor und nach dem Cunostreik befinden wir uns gegenwärtig in einer Periode der Niedergeschlagenheit und Depression.

9. Die internationale Krise und die Krise des deutschen Kapitals werden aber in den nächsten Monaten eine Reihe neuer scharfer Zuspitzungen bringen.*) Die KPD. darf nicht noch einmal einen „deutschen Oktober" erleben, wenn sie nicht jedes Prestige als revolutionäre Partei bei den Massen verlieren soll. Klares Aussprechen der begangenen Fehler, **Abrechnen mit den Revisionisten in den eigenen Reihen, Bruch mit den Theoretikern und Praktikern der Zwischenstufen**, schleunigste Sammlung aller Kräfte der Partei zu illegaler Arbeit müssen sofort durchgeführt werden. Jede Woche weiterer Verzögerung der Klärung verschlechert den Zustand der Partei und verhindert ihre Kampffähigkeit.

10. Ausgehend von der Bilanz der Oktoberniederlage muß die Partei ein Aktionsprogramm schaffen. Die wichtigsten Punkte der Arbeit in den nächsten Monaten sind:

a) Einstellung der Partei auf den Machtkampf, politisch, organisatorisch, militärisch, technisch.

b) Lebendige, konkrete, unmittelbare Propaganda für die Diktatur des Proletariats. (Die Partei muß in der täglichen Agitation zeigen, wie die weiße Diktatur die Fragen des Proletariats löst und wie die rote Diktatur sie lösen wird.)

c) Propaganda der Sozialisierung (Rettungsprogramm, Hetze gegen die großen Trusts und Konzerne. Gegen die 30 oder 40 Schwerindustriellen muß dieselbe Hetze entfaltet werden, ja noch konzentrierter wie gegen Seeckt, Ludendorff und Hitler. Wir müssen den breitesten Massen klar machen, wer die Macht in der Hand hält und wie die Verbindung zwischen dem Regierungsapparat und der Schwerindustrie läuft).

d) Politisierung der Betriebsrätebewegung, die Ausnützung der Betriebsrätebewegung zur Vorbereitung der politischen Arbeiterräte. Unermüdliche Propaganda für die proletarischen Räte als Vorbedingung der proletarischen Diktatur (Kontrollausschüsse).

e) Arbeit unter den Erwerbslosen in Verbindung mit den Betriebsräten, Schaffung von Erwerbslosenräten.

f) Entfesselung von Kämpfen um den Achtstundentag, gegen die Sondergerichte usw., unter Führung der KPD. und der Betriebsräte.

g) Restloser Bruch mit der rechten und linken SPD. in Theorie und Praxis, schärfste Bekämpfung der SPD. und der Gewerkschaftsbureaukraten innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften.

h) Verstärkte Arbeit für das kommunistische Programm unter den Bauern, Landarbeitern, Mittelständlern, Beamten, Intellektuellen.

11. Zur Reorganisation der Partei ist notwendig:

a) Einschränkung der Zentrale auf neun Mann, Verkleinerung des zentralen Apparats auf ein Zehntel, Ausschaltung der Rechten aus der Führung. Lebendige Verbindung der Zentrale mit der politischen Arbeit der Bezirke.

b) Liquidierung des Kampfes gegen die Linke durch die Parteimehrheit, durch gemeinsamen Kampf des Parteizentrums und der Parteilinken gegen die Parteirechte.

c) Einberufung einer Erweiterten Exekutivsitzung noch im Januar.

d) Einberufung eines Parteitages spätestens im Februar.

*) Über diesen Punkt folgen ausführliche Thesen.

Russische Parteidiskussion

Die nächsten wirtschaftspolitischen Aufgaben der KP. Rußlands.

Resolution des Politischen Büros des ZK. der RKP.

Nachfolgende Resolution wurde durch das politische Büro des ZK. der RKP. am 24. Dezember vorigen Jahres angenommen und bildet jetzt den Gegenstand einer breiten Diskussion in allen Organisationen der Partei. Nach Beendigung der Diskussion wird die Resolution zur endgültigen Formulierung dem Plenum des ZK. und sodann zur Beschlußfassung dem Parteitag der RKP. vorgelegt werden. Die Redaktion.

** Bei der Entscheidung der aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen muß die Partei von den Hauptaufgaben der gegenwärtigen historischen Periode ausgehen; diese ist: die wirkliche Durchführung des Bündnisses zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft, des Zusammenschlusses von Stadt und Land, des Zusammenschlusses der nationalisierten Industrie und der Bauernwirtschaft.

Nur die richtige Lösung jener Fragen, die auf dem Gebiet des Verhältnisses der Arbeiterklasse zur Bauernschaft entstehen kann die wirtschaftliche Grundlage der proletarischen Diktatur endgültig befestigen und sie vor jeder Erschütterung bewahren.

Der 12. Parteitag hat in seiner Resolution über die Organisierung der Industrie mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Geschwindigkeit der Entwicklung unserer Staatsindustrie objektiv bedingt ist durch den Zustand der Bauernwirtschaft und daß eine sorgfältige Anpassung der gesamten Wirtschaftspolitik an das Entwicklungsniveau der Bauernwirtschaft die wichtigste Aufgabe darstellt. Die unrichtige Lösung dieser Aufgabe führt unvermeidlich zu katastrophalen Folgen, nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete. Nur eine grundsätzliche Änderung der heutigen politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen der europäischen Industriestaaten könnte die unmittelbare Abhängigkeit der Staatsindustrie vom Zustand der Bauernwirtschaft mildern und Verhältnisse schaffen, die einen schnelleren Übergang zur Herrschaft der sozialistischen Wirtschaft ermöglichen.

Die Resolution des 12. Parteitages sagt:

„Die Landwirtschaft hat, trotzdem sie sich bei uns noch immer auf einem niedrigen technischen Niveau befindet, eine herrschende Bedeutung für das gesamte Wirtschaftslebe der Sowjetmacht... Unsere Partei darf bei der Erwägung jedes einzelnen Schrittes, den sie unternimmt, die tatsächlich vorherrschende Bedeutung der Bauernwirtschaft auf keine Minute vergessen, auf keine Minute aus den Augen verlieren... Nicht nur die Außerachtlassung, sondern auch ein nicht genügend aufmerksame Beachtung dieses Umstande würde sowohl auf wirtschaftlichem wie auch auf rein politischem Gebiete unzählige Gefahren mit sich bringen, we sie unvermeidlich zur Zersprengung oder zur Schwächun